



Bericht und Beschlussempfehlung

des Bildungsausschusses

Medienbildung an Schulen braucht solide Grundlagen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache [20/2583](#)

Medienbildung stärken und zeitgemäß fortentwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache [20/2694](#)

Der Bildungsausschuss hat zu den ihm durch Plenarbeschluss vom 20. November 2024 überwiesenen Anträgen, Drucksachen [20/2583](#) und [20/2694](#) (Plenarprotokoll [20/72](#)), schriftliche Stellungnahmen eingeholt und sich zuletzt am 11. Juni 2026 mit den Anträgen befasst. Der zu dieser Sitzung vorgelegte Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck [20/6665](#), wurde mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, FDP und SSW empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den SPD-Antrag, Drucksache [20/2583](#), abzulehnen und den Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache [20/2694](#), in folgender Fassung anzunehmen:

„Medienbildung stärken und zeitgemäß fortentwickeln

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bereits jetzt die Medienbildung mit zahlreichen Maßnahmen zeitgemäß ausgerichtet hat. Hierzu zählen:

- die Einrichtung des seit 2021 laufenden Landesprogramms ‚Zukunft Schule im digitalen Zeitalter‘,
- die Aktualisierung der fächerübergreifenden Ergänzungen zu den Fachanforderungen ‚Medienkompetenz – Lernen mit digitalen Medien‘ in 2024, bei der insbesondere Beispiele zur Anwendung künstlicher Intelligenz aufgenommen wurden.

Medienbildung beinhaltet eine fundierte und kritische Reflexion der Nutzung digitaler Geräte wie Smartphones und Tablets im schulischen Kontext. Alle Schulen sind aufgefordert, die Handynutzung durch spezifische Vorgaben in ihren Schulordnungen zu regeln, um den verantwortungsvollen Umgang zu fördern. Gleichzeitig bieten digitale Endgeräte ein großes Potenzial, um den Unterricht interaktiv und produktiv zu gestalten, beispielsweise durch den Einsatz von Lern-Apps, digitalen Recherchertools oder interaktiven Plattformen.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die präventive Aufklärung, da Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt nicht nur vielfältigen Chancen, sondern auch Risiken wie Suchtfaktoren oder problematischen Verhaltensweisen ausgesetzt sind. Dabei leitet uns, dass Schule ein sicherer Ort bleiben muss.

Eine professionelle Medienbildung fördert daher sowohl die technische Kompetenz als auch die kritische Bewertung von Medieninhalten und unterstützt dabei, digitale Technologien bewusst und verantwortungsvoll einzusetzen.

Medienbildung kann nur mit dem passenden Ausbau der digitalen Infrastruktur gelingen. Dabei ist es wichtig, dass der Einsatz von digitalen Endgeräten in ein fachpädagogisches Konzept eingebunden sein muss. Der Landtag begrüßt, dass sich Bund und Länder auf den Digitalpakt 2.0 verständigt haben, mit dem die digitale Bildungsinfrastruktur an Schulen weiterentwickelt und zeitgemäße digitale Lernumgebungen ausgebaut werden sollen.

Zeitgemäße Medienbildung nimmt dabei auch stets Bezug zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz und deren Auswirkungen auf Schule. Dazu gehören sowohl der reflektierte Einsatz KI-gestützter Anwendungen als auch die kritische Einordnung KI-generierter Inhalte und neuer Formen digitaler Manipulation. Der Landtag bekräftigt in diesem Zusammenhang seinen Antrag Drucksache [20/2168](#), dass diese Maßnahmen systematisch und länderübergreifend auszubauen sind.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Landtagsbeschlüsse und der Ergebnisse der schriftlichen Anhörung des Bildungsausschusses bittet der Landtag die Landesregierung:

- Angebote zum reflexiven Umgang insbesondere mit sozialen Medien und deren Wirkung auf Kinder und Jugendliche in den Fortbildungsaktivitäten des IQSH, der Medienberatung und der regionalen Medienfachberatung zu verstärken. Hierbei sollen unter anderem die Informations- und Quellenkompetenz, der Umgang mit Desinformation, Cybermobbing und manipulativen digitalen Angeboten, Datenschutz und Informationssicherheit sowie die kritische Einordnung KI-generierter Inhalte berücksichtigt werden.

- Die Zusammenarbeit mit externen Partnern zu nutzen, um die Angebote zur Medienbildung weiter auszubauen. Dazu zählen zum Beispiel die Bewerbung des Zertifikats Internet-ABC-Schulen an den Grundschulen, die Angebote ‚Journalismus macht Schule‘ und unterschiedliche Wettbewerbe.“

Martin Habersaat
Vorsitzender